Drucksache 16 / 70 S

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 16. Wahlperiode 19.02.04

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Campingplatzverlegung stoppen: Bürgerwillen ernst nehmen

Im April 2003 wurde der Bürgerantrag zur Flächen-, Verkehrs- und Baupolitik in Bremen mit der erforderlichen Anzahl von mehr als 11.000 Unterschriften in die Bremische Bürgerschaft eingereicht. Im Juli 2003 wurde die Überweisung zur Beratung in drei Deputationen beschlossen. Durch eine lange Verzögerung wird der Bürgerantrag erst im Mai 2004 in der Stadtbürgerschaft abschließend beraten.

Eine wesentliche Forderung des Bürgerantrags richtet sich gegen die Westerweiterung des Technologieparks über den Kuhgrabenweg hinaus in den Bereich der Uni-Wildnis. Dessen ungeachtet wurde am 12. Februar von der Deputation für Bau und Verkehr die Verlegung des Campingplatzes als Teil der Maßnahmen zur Westerweiterung des Technologieparks beschlossen. 5,7 Hektar Wald- und Naturfläche sollen dafür gerodet werden; ein Lebensraum für besonders geschützte Tierarten würde vernichtet werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das Verfahren zur Westerweiterung des Technologieparks und die damit verbundenen Konsequenzen wie die Verlagerung des Campingplatzes umgehend zu stoppen und keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, die der Intention des Bürgerantrages zuwiderlaufen.

Karin Krusche, Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen